



Eidg. Wahlen 2019 | Ein Ausblick Richtung
2023 mit Einblicken in die Parteienlandschaft

Alle haben Klärungsbedarf



Der Mann der Stunde. Beat Rieder prägte die Walliser Ständeratswahlen 2019. Und fordert trotzdem eine kritische Analyse.

FOTO WB/ALAIN AMHERD



THOMAS RIEDER

WALLIS | Ist das Wallis nach den Wahlen 2019 zerstrittener als zuvor, die Kohäsion zwischen den beiden Sprachregionen ernsthaft auf dem Prüfstand? Weder noch. Wahlschlachten führten schon immer zu Verwundeten. Und die lecken nun mal ihre Wunden. Sie werden heilen mit der Einsicht, dass andere womöglich doch mehr Biss hatten.

Dass sich Ober- und Unterwalliser oftmals wenig bis nichts zu sagen haben, ist nicht neu. Die Sprachbarriere ist das eine, Desinteresse das andere. Jeder schaut nun mal für sich. Das ist selbst direkt an der Raspille, zwischen Varen und Salgesch, zwischen Sidens und Chippis so. Entscheidend wird für das politische System sein, zu welcher Reaktion die Parteien nach einer nüchternen Analyse fähig sein werden. Haben sie, alle für sich, die Kraft, die beinharte Basisarbeit anzugehen, wie es auf dem nationalen Plan SVP-Präsident Albert Rösti von seinen Delegierten am Samstag forderte?

Ob Sieger oder Verlierer: Alle haben gute Gründe, ihre Gunst in der Wählerschaft kritisch zu überdenken.

SVP mit klarer Marke

Am wenigsten die SVP. Diese hat sich im Oberwallis nach einem explosiven Start aus dem Nichts innert 20 Jahren auf einem Level von 28,04 Prozent (plus 0,6 Prozentpunkte gegenüber 2015) stabilisiert. Die national wählerstärkste Partei, die mit dem glasklaren Ober-

begriff «Swissness first» politisiert, hat im bürgerlichen Lager ein Spektrum gefunden, das – neben den Fundis bei der SP – am wenigsten zur Wechselwählerschaft neigt. So gesehen braucht sich der starke Mann der Partei, Franz Ruppen, keine allzu grossen Zukunftssorgen zu machen. Für sich selbst schon gar nicht. Als höchstgewähltem Oberwalliser Nationalrat (25 493 Stimmen) steht ihm die Zukunft offen bis zur Selbstbestimmung. Dass es ihn im März 2021 in die Walliser Regierung ziehen wird, schliessen wir mal nicht aus. Michael Graber würde für ihn in Bern als Listenzweiter nachrutschen, was in jüngster Vergangenheit für Oberwalliser Nationalräte schon fast Mode wurde. Es finden sich auf dieser Liste so illustre Namen wie Ruth Kalbermatter, Thomas Burgener, Peter Jossen, Viola Amherd, Thomas Egger und Philipp Matthias Bregy. Da behaupte noch jemand, in der Politik bewege sich nichts.

Starke C-Köpfe gesucht

Selbstkritik ist nach einer Wahl das Gebot der Stunde. Ständerat Beat Rieder brachte es auf den Punkt, wenn er unmittelbar nach seiner Wiederwahl sagte, die CVP Wallis werde sich in Teilen neu erfinden und auch aufstellen müssen. Massgebliche Säulen im rechten Unterwalliser Lager wie Maurice Tornay, Nicolas Voide oder David Théoduloz wurden aus dem Weg geräumt, die nationalen Amts- und Hoffnungsträger Yannick Buttet und Gérlinde Marchand-Balet scheiterten an sich selbst. Adäquater Ersatz ist da noch nicht gefunden, zumal

ab Ende November auch noch Jean-René Fournier zu den Ex-Politikern gehört und der verlässliche Parteipräsident Serge Métrailler aufs neue Jahr hin keine Lust mehr verspürt, die Moderations- und Kanalarbeit zu leisten für andere, nach der eigenen verpassten Wahl in den Nationalrat.

Im Oberwallis ist die Personaldecke innerhalb der beiden C-Flügel ebenfalls nicht sonderlich dick. Nicht jeder, der sich für geeignet hält, besitzt auch das Zeug zum Zugpferd und gar Wahlgewinner. Die CSPO lebte zuletzt – neben Roberto Schmidt – stark von Thomas Egger. Seine Abwahl macht den Gelben das Leben nicht leichter. Vielleicht versteht die Partei den Mandatsverlust aber auch als Schuss vor den Bug im richtigen Moment. Genügt das zur Rückkehr in alter Stärke? Zweifel sind mehr als erlaubt.

Schwachpunkte bekannt

Statt auf ein «Chund de scho güät» zu vertrauen, wäre eine ernsthafte Auslegeordnung wirkungsvoller. Thomas Egger hat die Schwachpunkte der Partei genannt. Die Konkurrenz von links und rechts drängt gar zu einer Analyse gemeinsam mit der Schwesterpartei. Denn auch die CVPO ist nicht mit valablen Papabili gesegnet, mit denen sich die schwindenden Pfründe einfach so verteidigen lassen. Es braucht Köpfe, die führen, überzeugen und die Inhalte glaubhaft vertreten können. Politik machen wollen genügt alleine nicht mehr.

«Diär eppis – miär eppis, diär eppis – miär eppis, diär eppis – miär eppis» – Diese



Aufteilung von Posten und Mandaten, für jedermann am klarsten ersichtlich am achtjährigen Ständeratsturnus, ist nicht mehr zu halten. Will die C-Familie ihren Ständeratssitz im Oberwallis über die Ära Beat Rieder hinaus behaupten, müssen sich die beiden Schwestern auf den/die optional chancenreichsten Anwärter oder Anwärterin einigen – egal zu welchem Lager er/sie auch immer zählt. Diese Diskussion wird besser 2020 denn 2023 angegangen. Denn dann wird es zu spät sein. Sie wird übrigens nicht zu führen sein, ohne auch über einen Zusammenschluss der Parteien zu debattieren. Es gibt gute Gründe, die Kräfte im C-Block unter einem gemeinsamen Dach zu bündeln; so wie es auch in den meisten anderen Regionen der Schweiz der Fall ist, wo die CVP noch eine gewisse Bedeutung hat. Dagegen spricht, dass damit der letztlich belebende und mobilisierende Konkurrenzkampf verloren geht und damit der Zwang zu einer breiteren Rekrutierung. Das gilt insbesondere auf der Gemeindeebene, wo der C-Block eine absolut dominante Rolle spielt.

Selbstgerechte SPO

Bei der SPO verhält es sich ähnlich. Kann sich diese Partei als eigenständiges Gebilde nochmals aufraffen – oder tritt sie nach dem Hoch der Grünen künftig mit diesen vereint in die Pedale? Es wäre angesichts der Breite der Partei und der ideologischen Nähe zu den Umweltschützern naheliegend. Denn in den Gemeinden war die SPO schon immer ohne Bedeutung – und ihre grosse

Ara wird mit dem sich anbahnenden Austritt von Esther Waeber-Kalbermatten aus der Kantonsregierung 2021 zu Ende sein. Was die eigenen Reihen bedauern werden, wird den bürgerlichen Block zum Schmunzeln verleiten. Aus dessen Sicht war die SPO mandatsmässig schon immer überrepräsentiert. Dass es in den letzten 20 Jahren für alle Spitzenkräfte – angefangen bei Peter Bodenmann, Thomas Burgener und Peter Jossen bis hin zu Esther Waeber-Kalbermatten – zu einem hohen Amt reichte, wird weniger mangelnden bürgerlichen Alternativen denn der gesamtkantonalen Parteienkonstellation zugeschrieben. Das Momentum sprach in der Regierung für die SPO, was dieser in der Vergangenheit auch Zerreihsproben bescherte, wenn wir uns an den Wahlkampf zwischen Stéphane Rossini und Esther Waeber-Kalbermatten 2017 erinnern.

Es mutet denn auch seltsam an, dass Analysten aus der linken Ecke vermitteln, das Wallis sei in der neuen Bundeshaus-Delegation nur noch ungenügend repräsentiert. Die einzige Frau wollten – nach dem Frauen-Streik-Geschrei im Sommer – vor allem sie verhindern. Und die jetzt gezeigte Oberwalliser Solidarität mit dem Duo Rieder/Maret spielte früher genauso für die Oberwalliser SP-Regierungsvertretung. Die Bürgerlichen halfen hier bei der Wiederwahl stets wacker mit, was die Welschwalliser schon damals heftig kritisierten. In lebhafter Erinnerung bleibt da die Anekdote, dass sich der wieder in die Regierung gewählte Thomas Burge-

ner gegen respektlose Aussagen welscher Journalisten zu Recht vehement zur Wehr setzte. Sie hatten ihm unter die Nase gehalten, die Oberwalliser würden selbst einem Maultier ihre Stimme geben, um ihre Ziele erreichen zu können.

Rot-Grün und Gelb-Schwarz zusammen?

Die Dringlichkeit einer einheitlichen Strategie zwischen Rot-Grün ist aufgrund des abschätzbaren Entwicklungspotenzials akuter als jene zwischen Gelb-Schwarz. Die Ideologien sind auf beiden Baustellen überbrückbar.

Ob die Flügel der Parteien die Beweglichkeit zumindest für offene Gespräche aufbringen, wird sich zeigen. Dass sie im Volk immer mehr an Solidarität verlieren, ist offensichtlich. Also heisst es reagieren. Vielleicht hilft ja die Einsicht, dass die grösste Partei längst die Nichtwähler sind. Sie sind mit den richtigen Programmen, Themen und Köpfen abzuholen. Die Erfolge der SVP 2015 (Migrationsfrage) und der Grünen 2019 (Klimapolitik) haben es gezeigt.

Hilft der Verfassungsrat?

Was wird 2023 sein? Kann der Verfassungsrat wenigstens über die zu revidierende Kantonsverfassung gewisse Mandate für die Regionen garantieren, wie es etwa für den Oberwalliser Ständeratssitz gefordert wird? Besser ist, sich nicht darauf zu verlassen. Dieses Gremium glänzte bisher weder mit Beweglichkeit noch Gestaltungskraft. Einiges deutet deshalb darauf hin, dass der Verfassungsrat eines schönen Ta-



ges weitgehend eine sprachlich modifizierte Neuauflage der bestehenden Verfassung abliefern – und die politisch heissen Eisen gar nicht erst anpackt. Sollten sie dann eh von Legislative und Volk durch den Fleischwolf gedreht werden, hätte man die ganze Übung auch beim Grossen Rat belassen können, der für die Revision als gesetzgebende Behörde letztlich die Verantwortung trägt.

Was leisten die Jungen?

Was dem Wallis heute, nicht nur in den politischen Parteien, weitgehend fehlt, sind idealistische, selbstlose, kluge Leute, die weit weg von möglichen eigenen Ambitionen zu Arbeit für die Öffentlichkeit bereit sind. Sie müssten Aufbruchstimmung verkörpern statt Satttheit. Dass die junge Generation, sehr oft gut ausgebildet, hier anpacken will, ist nicht ersichtlich. Hört man sich die Klagen über den Brain Drain, also den Wegzug der Hochqualifizierten an, wollen sie gute Jobs – nicht Arbeit. Ist es Trost, dass es anderen Kantonen und Demokratien genauso geht? Jein. Trägt dafür die Politik der letzten Jahre die Verantwortung? Nein.